

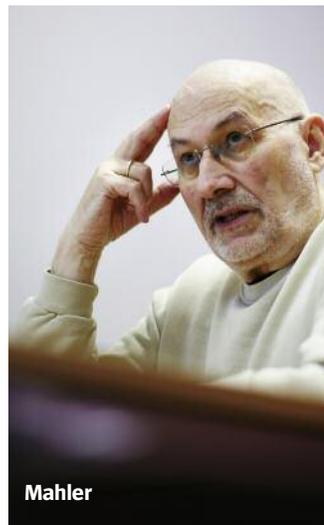
Palästina Berlin hofft auf Einheitsregierung

Die Bundesregierung riskiert einen neuen Konflikt mit Israel. Anders als die Regierung in Tel Aviv würde es Berlin begrüßen, wenn sich die beiden rivalisierenden Palästinenserorganisationen Fatah und Hamas auf eine Regierung unabhängiger Fachleute einigen könnten. Die Chancen dafür stünden besser als in der Vergangenheit, weil die Hamas wegen des Verlusts wichtiger Verbündeter geschwächt sei, heißt es im Kanzleramt. Entscheidend sei, dass die neue Regierung das Existenzrecht Israels anerkenne, die bestehenden Verträge akzeptiere und auf Gewalt verzichte. Im Auswärtigen Amt favorisiert man dabei ein vom gegenwärtigen Präsidenten Mahmud Abbas geführtes Kabinett. Israel lehnt eine von der radi-

kal-islamischen Hamas gebilligte Regierung entschieden ab. Premierminister Benjamin Netanjahu hatte aus Protest gegen ein vor knapp zwei Wochen unterzeichnetes Versöhnungsabkommen zwischen Fatah und Hamas die Friedensgespräche mit den Palästinensern ausgesetzt. ran

Rechtsextremisten Anklage gegen Horst Mahler

Der in Haft sitzende Extremist und Neonazi Horst Mahler ist erneut wegen Volksverhetzung angeklagt worden. Anlass ist ein antisemitisches Buch, das der 78-Jährige im Gefängnis in Brandenburg/Havel verfasst und verbreitet haben soll. Für die Arbeit an dem 235-seitigen Pamphlet („Das Ende der Wanderschaft“) konnte der wegen Volksverhetzung inhaftierte Rechtsextremist zeitweise sogar einen



Mahler

Gefängniscomputer nutzen (SPIEGEL 34/2013). Deshalb leitete das Brandenburger Justizministerium auch Disziplinarverfahren gegen den damals verantwortlichen Anstaltsleiter sowie eine Gefängnisbeamtin ein. Ein Verteidiger, der zu den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft Cottbus gegen Mahler Stellung nehmen könnte, war Ende vergangener Woche nicht erreichbar. srö

Geheimdienste Mafia im Kanzleramt

Üblicherweise werden Wirtschaftsführer mit Verbindungen zur Unterwelt im Kanzleramt nicht vorgelassen. Doch am 14. Februar 2005 empfing der damalige Regierungschef Gerhard Schröder (SPD) den russischen Aluminium-Mogul Oleg Deripaska zu einem Abendessen in kleinem Kreise mit deutschen und russischen Unternehmern. Dabei hatte der Bundesnachrichtendienst (BND) ausdrücklich vor Deripaska gewarnt. Ein Beamter des Kanzleramts notierte: „Nach BND-Berichten gibt es Hinweise auf Verbindungen mit der Organisierten Kriminalität, die über das für Spitzenvertreter der russischen Wirtschaft ‚normale Maß zweifelhafter Geschäftsmethoden‘ hinausgehen.“ Deripaska galt als enger Vertrauter von Russlands Präsident Wladimir Pu-

Jakob Augstein: Im Zweifel links

Angela Merkel, Mitarbeiterin des Monats

Edward Snowden kommt wohl nicht nach Deutschland. Die Regierung hat dem NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags mitgeteilt, eine Befragung könne die politischen Beziehungen zu den USA beeinträchtigen. Die Regierung findet nämlich, nicht die Überwachung durch die USA schade den transatlantischen Beziehungen, sondern die Fragen dazu. Der Snowden-Skandal wird so lange nicht enden, wie die Politik sich müht, ihm ein Ende zu setzen.

Um sicherzugehen, dass die Abgeordneten die Botschaft verstehen, legt die Regierung ein Gutachten bei. Es stammt aus einer amerikanischen Kanzlei und besagt, wer Snowden befrage, mache sich in den USA strafbar – von „Verschwörung“ ist die Rede. Die Abgeordneten müssten also bei der nächsten Reise in die USA damit rechnen, dass sie verhaftet werden. Das Gutachten ist eine Frechheit. Und die Tatsache, dass die Regierung es an das Parlament weiterleitet, ist nichts weniger als der Versuch des einen Verfassungsorgans, das andere zu erpressen.

Diese Nachrichten erreichten die Öffentlichkeit vor Angela Merkels Besuch in Washington. Aus amerikanischer Sicht hat sich die Bundeskanzlerin damit die „Freiheitsmedaille“ redlich verdient, die ihr Barack Obama vor ein paar Jahren verlieh. Merkel kann stolz sein: Die eine wird „Mitarbeiterin des Monats“ bei McDonald's, die andere im Weißen Haus.

Andererseits ist Angela Merkel ein gutes Beispiel dafür, dass Stolz keine Bedingung erfolgreicher Politik ist. Immerhin haben die Deutschen schon im vergangenen Sommer einen Katalog voller Fragen über die Überwachung und Spionage



unter Freunden nach Washington geschickt. Bis heute keine Antwort. Und das No-Spy-Abkommen, das Merkel ankündigte, wird es nicht geben.

Dennoch stehen keine Sanktionen gegen amerikanische Politiker an, wie im Fall Russlands. Und Barack Obama muss auch keine Mahnpredigt unseres Präsidentenpastors über sich ergehen lassen wie Recep Tayyip Erdogan. Bundeskanzlerin und Bundespräsident sorgen sich mehr um die Zukunft der Ukraine und die Meinungsfreiheit in der Türkei als um die Integrität deutscher Regierungsorgane und die Bürgerrechte der Deutschen.

Haben Merkel und Gauck schon vergessen? Die Stasi sammelte Geruchsproben ihrer Gegner. Das müssen die Amerikaner nicht: Sie riechen nicht an Unterhosen. Sie kriechen in unseren Kopf. Sie kennen unsere Vergangenheit, sie rechnen unsere Zukunft aus. Ihr Ziel ist totale Kontrolle.

Offenbar sind die Ostdeutschen an der Staatsspitze nicht empfänglich für die Erschütterung des Begriffs, den sich die Menschen inzwischen vom Westen machen. Wie viele Kollateralschäden – von den Drohnenopfern im Jemen bis hin zur Totalüberwachung – nehmen wir in Sorge um unsere Sicherheit in Kauf? Und wie will die Regierung unsere Freiheit am Hindukusch oder sonst wo auf der Welt verteidigen, wenn ihr das nicht einmal in Berlin-Mitte gelingt?

Die „FAZ“ schrieb, Washington sähe Berlin am liebsten „in einer Art Ko-Führungsrolle“. Da war es, das alte (west-)deutsche Wunschdenken von der ungebrochenen Freundschaft. Und das Wort „Partner“ wurde ganz ohne Ironie gebraucht. Alte Ideologien vergehen nur langsam.